

Tomisha Bino*

Demographie und die Krise der MENA-Region

<https://doi.org/10.1515/sirius-2017-0062>

In den letzten Jahren ist die Region des Mittleren Ostens und Nordafrikas (MENA) immer mehr zu einem großen Krisenherd geworden. Am deutlichsten spürbar ist dabei die deutlich gestiegene Zahl von Flüchtlingen und Migranten. Die Zunahme der Flüchtlingsströme hat nicht nur die Infrastruktur der Aufnahmeländer stark belastet, sie hat auch Öl ins Feuer des anschwellenden Populismus und Rassismus gegossen, die wiederum die Fundamente der liberalen Demokratie bedrohen.

Einer der Haupttreiber der Unruhen des Arabischen Frühlings und der nachfolgenden Unruhen und Kriege war die demographische Expansion in der Region, die angesichts der unzureichenden ökonomischen Bedingungen dazu führt, dass Menschen aufgrund mangelnder Lebensperspektiven entweder auswandern wollen oder aber zum Potenzial der Radikalisierung werden.

Eine Studie des Berlins-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung befasst sich tiefergehend mit demographischen Entwicklungen in der MENA Region. Die Verfasser legen eine ausführliche Analyse der demographischen Struktur und deren prognostizierter Veränderung vor und versuchen aufzuzeigen, welches Krisenpotenzial die demographische Expansion hat. Die Studie zeigt auch auf, wie wichtig es ist das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen, um die politische Stabilität in der MENA-Region zu fördern.¹

Ihre Ergebnisse werden von den Verfassern wie folgt zusammengefasst:²

- „Das Gebiet des Nahen Ostens und Nordafrikas ... zählt zu den krisenhaftesten Regionen der Welt. 8 von 19 MENA-Staaten finden sich in der Gruppe der 50 instabilsten Staaten weltweit. 4 davon, Syrien, Libyen, Irak und Jemen, können als gescheitert erklärt werden. Schlechte Regierungsführung, Korruption, religiöse und ethnische Konflikte haben über Jahre hinweg zu diesen Krisen beigetragen. Im

Kern vieler Probleme aber steht der Umstand, dass die Bevölkerung im Erwerbsalter seit vielen Jahren schneller wächst als die Zahl der Arbeitsplätze. Während die MENA-Region nach Subsahara-Afrika schon heute die zweithöchsten Arbeitslosenquoten der Welt verzeichnet, drängen bis 2030 jährlich fast fünf Millionen zusätzliche Kräfte auf den Arbeitsmarkt. Aufgrund der geografischen Nähe und langjähriger politischer und wirtschaftlicher Verflechtungen hat die MENA-Region für Europa eine hohe Bedeutung. Eine zunehmende Destabilisierung der Region würde einen konstruktiven Austausch weiter erschweren.

- Wie in anderen Schwellen- und Entwicklungsländern auch sind in den MENA-Ländern in den letzten Jahren die Kinderzahlen je Frau zum Teil deutlich gesunken. Dadurch ist der Anteil der Erwerbsfähigen in den Gesellschaften gestiegen, was einen potenziellen volkswirtschaftlichen Nutzen darstellt. Gleichzeitig haben sich Einschulungsraten und Bildungswerte verbessert. Doch während diese gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse anderswo auf der Welt zu wirtschaftlichem Aufschwung, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zu mehr politischer Stabilität geführt haben, lassen sich diese Effekte in MENA nicht beobachten. Dort steigt im Gegenteil mit dem Anteil der besser Gebildeten in der Erwerbsbevölkerung das Risiko der politischen Instabilität. Bildung, die anderenorts den Einstieg in höhere Wertschöpfung bedeutet, führt in MENA eher zu Konflikten. Das eigentliche Potenzial der vielen jungen Erwerbsfähigen wird nicht genutzt.
- Drei wichtige Gründe erklären das Entwicklungsparadox der MENA-Region: Erstens sind die Bildungswerte zwar formal gestiegen, die Bildungsqualität entspricht aber selten den Anforderungen des 21. Jahrhunderts. Schulkinder erlangen zu wenig Mathematik-, Lese- oder Problemlösungskompetenzen. Naturwissenschaftliche Fächer und Fremdsprachen, die international wettbewerbsfähig machen würden, spielen eine untergeordnete Rolle. Berufliche Bildung hat außerhalb von Israel und Iran kaum eine Bedeutung. Zweitens ist das innovative, private Unternehmertum in den MENA-Ländern kaum verbreitet. Es fehlt an erfolgreichen, kleinen und mittelständischen Firmen, die weltweit

¹ Ruth Müller, Stephan Sievert und Reiner Klingholz: Krisenregion Mena: Wie demographische Veränderung die Entwicklung im Nahen Osten und Nordafrika beeinflussen und was das für Europa bedeutet. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung, Mai 2016.

² Siehe Seite 8–10.

*Kontaktperson: Tomisha Bino, Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISPK), tbino@ispk.uni-kiel.de

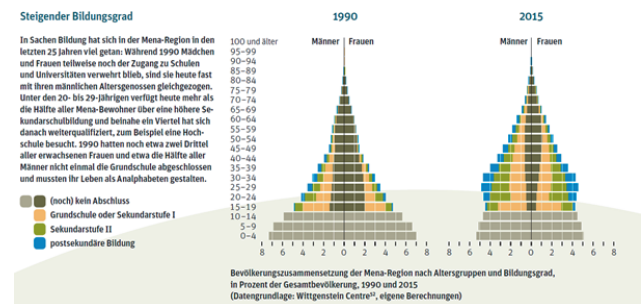
die Job- und Wachstumsmotoren der Volkswirtschaften sind. Die Gründungsrate in MENA liegt niedriger als in jeder anderen Weltregion mit Ausnahme Subsahara-Afrikas. Neugründungen haben es zudem schwer, sich gegen Staatsbetriebe und die wenigen privaten Großunternehmen mit engen Staatskontakten durchzusetzen. Drittens bleiben Frauen trotz häufig guter Qualifikation am Arbeitsmarkt marginalisiert. Nicht einmal jede dritte Frau zwischen 25 und 34 Jahren geht einer bezahlten Arbeit nach oder sucht eine solche.

- Die 19 MENA-Staaten unterscheiden sich teilweise erheblich voneinander. Insgesamt reicht das Spektrum von sehr hohem Lebensstandard (in Katar oder den Vereinigten Arabischen Emirate) über ein mittleres Niveau (Iran) bis zu verbreiteter Armut (Jemen) sowie von politisch stabil bis instabil. Zu den stabileren MENA-Ländern zählen Bahrain, Israel, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Sie stellen mit 58 Millionen Einwohnern etwa 14 Prozent der MENA-Bevölkerung. Im Jahr 2030 dürften es über 72 Millionen sein. Die Gruppe der instabileren MENA-Länder besteht aus Algerien, Iran, Irak, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Palästina, Syrien, Tunesien, Ägypten und Jemen. Dort leben heute rund 363 Millionen Menschen. Bis 2030 ist ein Wachstum auf 458 Millionen zu erwarten. Insbesondere den instabileren Staaten bereitet das Bevölkerungswachstum erhebliche Probleme, vor allem, weil sich dort die Arbeitslosigkeit weiter ausbreitet. Aber auch die stabileren Staaten, von denen die meisten durch Rohstoffeinnahmen zu großem Reichtum gekommen sind, haben ein Beschäftigungsproblem.“

Die Studie legt den Schwerpunkt auf die Ursachen der unter Jugendlichen in der MENA-Region herrschenden Frustration und Unzufriedenheit. Trotz scheinbar guter fachlicher Qualifikationen bleiben zahlreiche Personen arbeitslos. Viele junge Menschen fühlen sich daher von ihren Regierungen betrogen. Trotz einer hohen Anzahl junger Menschen im Erwerbsalter, viele davon hoch qualifiziert, konnten MENA-Länder nicht von diesem demographischen Vorteil profitieren und diesen für ihr Wirtschaftswachstum nutzen. Die Studie identifiziert – aus Sicht der Autoren – drei „Handlungsbereiche“, in denen Reformen nötig sind: Bildung, Unternehmensgründungen und Geschlechtergerechtigkeit.

Was den Bereich „Bildung“ betrifft, so kommt die Studie zu einem auffälligen Befund, denn üblicherweise wird Bildung als ein Faktor angesehen, der zu

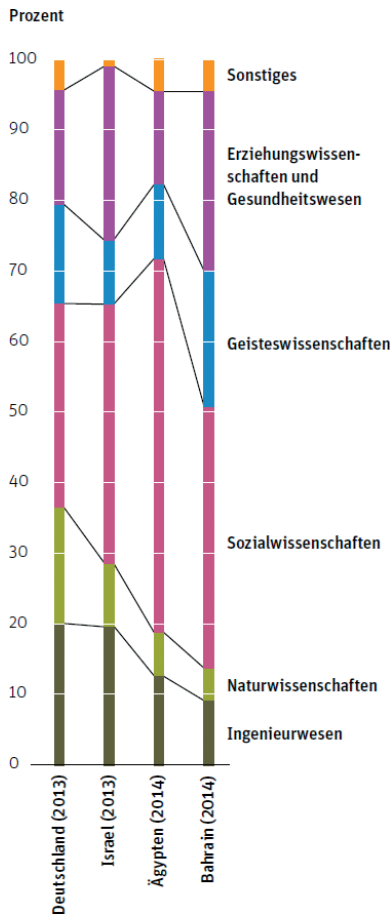
wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung beiträgt. Statistisch gesehen ist die Jugend in der MENA gut qualifiziert. Mehr als 40 % im Alter von 25–39 Jahren verfügen über einen postsekundären Abschluss. Die Frage ist, warum trägt diese nicht zu einer besseren Entwicklung bei?



Eine wesentliche Erklärung dürfte darin liegen, dass die Qualität des Bildungsangebots nicht den internationalen Standards entspricht und somit den Anforderungen des 21. Jahrhunderts nicht gerecht wird. Arbeitgeber beklagen, dass viele Bewerber für die angebotenen Stellen meist ungeeignet sind. Oft wird auch darauf verwiesen, dass die Bildung der Bewerber nicht in der Praxis anwendbar ist, oder dass es an wichtigen Soft Skills mangelt, wie z. B. der Fähigkeit, Ideen und Vorstellungen klar zu kommunizieren.

Ein weiteres Problem liegt in der Wahl der Studiengänge. Nur jeder zehnte Studienbewerber entscheidet sich für eine berufliche Bildung.³ In der MENA-Region sind Ausbildungsberufe gesellschaftlich schlechter angesehen als universitäre Abschlüsse. Darüber hinaus entscheiden sich Universitätsbewerber überwiegend für sozial- und geisteswissenschaftliche Studiengänge anstatt für Naturwissenschaften und Ingenieurwesen. Aber nur mit letzteren könnten die Jugendlichen einen bedeutenderen Beitrag zum wirtschaftliche Wachstum ihres Landes leisten.

³ In Deutschland entscheidet sich jeder fünfte Studienbewerber für eine berufliche Ausbildung.



Die Studie behauptet, dass die Studienbewerber sich für sozial- und geisteswissenschaftliche Studiengänge entscheiden, weil sie sich eine Beschäftigung im öffentlichen Sektor wünschen, in dem bessere Verdienstmöglichkeiten geboten werden. Hier bleibt die ansonsten sehr verdienstvolle Studie zu sehr an der Oberfläche. Für ein vollständiges Bild gilt es zu nuancieren.

In den 1970er und 1980er Jahren expandierte in vielen MENA-Ländern der öffentliche Sektor rasch, um mit den Anforderungen einer wachsenden Bevölkerung Schritt zu halten, wie etwa dem Bedarf nach Infrastruktur und Bildung. Dies galt auch bei der Schaffung von Arbeitsplätzen. In Ägypten hatte die Regierung sogar jedem, der ein Sekundärstudium abgeschlossen hatte, eine Anstellung im öffentlichen Sektor versprochen. In manchen Ländern ist es sicherlich zutreffend, dass der Verdienst im öffentlichen Sektor höher ist als im privaten Bereich. Für viele sind aber auch andere Anreize wichtiger: Jobsicherheit und ein relativ niedriger „Workload“. Weil viele MENA-Länder ihren öffentlichen Sektor auf Kosten des Privatsektors ausgeweitet haben, hat sich bei Arbeitssuchenden in der Region die Erwartung tief verankert, dass die Regierungen für einen sicheren Arbeitsplatz Sorge tragen

werden.⁴ Diese Wahrnehmung wird sich nicht einfach ändern.

Die Studie betont auch die mangelhaften Schulunterrichtsmethoden, die sich auf Auswendiglernen und Frontalunterricht stützen und kaum selbstständige Forschung oder kritisches Denken fördern. MENA Schüler erzielen in weltweiten Bildungsvergleichstests schlechte Ergebnisse in Mathematik sowie bei Lese- und Problemlösungskompetenzen. Auch hier muss man weiter fragen: Ist es, unabhängig von der Attraktivität des öffentlichen Sektors, nicht ein Versagen des Bildungssektors, wenn Schüler nicht die notwendigen Fähigkeiten erlernen, um sich ein Studium in Naturwissenschaften oder Ingenieurwesen überhaupt zu zutrauen, so dass sich daher mehr Studierende für „einfachere“ Studiengänge entscheiden?

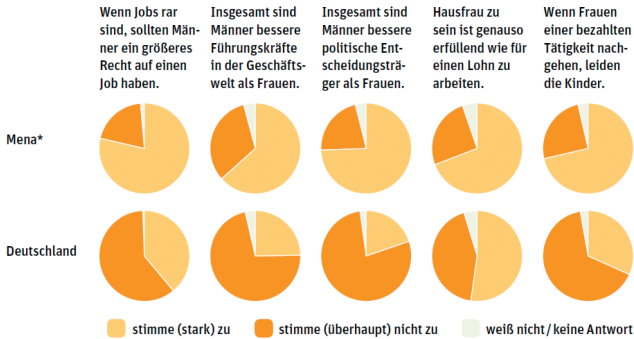
In der Studie des Berlin-Instituts werden verstärkte Anstrengungen zum Aufbau des privaten Sektors und zur Förderung des Unternehmertums gefordert. Da die MENA-Länder in der Vergangenheit der steigenden Arbeitslosigkeit mit einem größeren öffentlichen Sektor abgeholfen haben statt einen konkurrenzfähigen privaten Sektor zu unterstützen, habe die Region die zweitniedrigste Gründungsrate für Unternehmen nach Subsahara-Afrika. Die bestehenden Unternehmen hätten auch keine Absicht zu expandieren oder neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Verfasser der Studie betonen: „Unternehmerische Tätigkeiten gelten in vielen arabischen Ländern nach wie vor als schlechtere Option gegenüber einem Arbeitsplatz beim Staat. Dadurch mangelt es an risikobereiten Gründern.“ Um dieses Problem zu lösen empfiehlt die Studie unter anderem: „unternehmerisches Wissen in schulischen und universitären Lehrplänen zu verankern“, Aufklärungskampagnen, die das Bild des Unternehmertums verbessern sowie eine generelle Verbesserung des Tätigkeitsfelds für Unternehmen. Obwohl solche Maßnahmen eine positive Wirkung haben können, verfehlen die Empfehlungen der Studie die strukturellen Ursachen für die Risikoaversion der MENA-Gesellschaften in finanziellen Angelegenheiten. Das schwach ausgeprägte oder gar komplett fehlende soziale Sicherheitsnetz in MENA-Ländern schreckt viele davon ab, unternehmerisch tätig zu werden. Zu Recht betont die Studie den Zusammenhang zwischen Lehrmethoden und kreativem Denken, was ein wichtiges Element für Unternehmertum ist. Andere, in der Studie identifizierte, Fak-

⁴ Bulmer, Elizabeth Ruppert: Rationalizing Public Sector Employment in the MENA Region, World Bank, Working Paper Series no. 19, (2000) 2–5, <http://documents.worldbank.org/curated/en/252511468760236666/Rationalizing-public-sector-employment-in-the-MENA-Region>.

toren für unzureichendes Unternehmertum in der MENA-Region sind Vetternwirtschaft, marode Infrastruktur, schwieriger Zugang zu Finanzierungsinstrumente und bürokratische Hürden. Diese Probleme werden nur erwähnt, aber nicht weiter vertieft.

Hausfrau und Mutter

Gemäß dem dominanten Rollenbild in der Mena-Region sollten Frauen ihre beruflichen Ziele zugunsten der Familie zurückstellen und sich mit ihrer Rolle als Hausfrau zufrieden geben. Die Arbeitswelt dagegen gehört den Männern: Ihnen werden nicht nur größere Rechte auf einen Arbeitsplatz eingeräumt, sondern auch höhere Fähigkeiten im Berufsleben zugetraut. Zum Vergleich: In Deutschland hat sich die Einstellung der Menschen gegenüber berufstätigen Frauen gegenüber früher stark gewandelt. Weder gelten sie als schlechter geeignet für Führungspositionen, noch sollten sie gegenüber Männern das Nachsehen auf dem Arbeitsmarkt haben.



* 13 Mena-Länder: Algerien, Ägypten, Bahrain, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Palästinensische Gebiete, Tunesien

Zustimmung zu unterschiedlichen Aussagen, in Prozent, Erhebungswelle: 2010 bis 2014 (Datengrundlage: World Values Survey¹⁵)

Eine weitere Forderung der Studie besteht darin, Geschlechtergleichheit zu praktizieren. Genauso wie ihre männlichen Altersgenossen seien die jungen Frauen in der MENA-Region hoch qualifiziert. Trotzdem könnten sie ihr berufliches Potential oft nicht realisieren. Aufgrund sozialer Einschränkungen entscheide sich nur jede dritte Hochschulabsolventin für eine berufliche Tätigkeit. In den meisten MENA-Ländern werde die Rolle von Frauen vornehmlich als auf Haushalt und Kindererziehung beschränkt angesehen. Diese paternalistische Natur der MENA-Gesellschaften führe auch dazu, dass Frauen in vielen Fällen nicht entscheiden dürfen, ob sie arbeiten wollen oder welche Arbeitsstellen sie annehmen dürfen, da ihre Väter und/oder Männer dies erst erlauben müssen.

Hinzu kämen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit aufgrund von Sicherheitsbedenken, fehlende öf-

fentliche Verkehrsmittel sowie rechtliche Hürden. Auf diese Weise verspielten MENA-Länder den wirtschaftlichen Beitrag, den Frauen auf dem Arbeitsmarkt hätten leisten können. „[D]as Beratungsunternehmen McKinsey [schätzt], dass das Bruttoinlandsprodukt der MENA-Region im Jahr 2025 um beinahe drei Billionen US Dollar über dem prognostizierten Niveau liegen könnte, wenn die heute bestehenden Geschlechterungleichheiten beseitigt würden.“ Wenn Frauen eine größere wirtschaftliche Rolle spielen, wird das nicht nur zu Produktivitätssteigerung führen, sondern ist auch ein wichtiger Schritt zur Gleichberechtigung in anderen Lebensbereichen. Langfristig führen höhere Beschäftigungsquoten bei Frauen zudem zu einer niedrigeren Fertilitätsrate, was den demographischen Druck lindern wird. Dies sind Aussagen, die kaum jemand in Zweifel stellen würde. Aber die Frage bleibt: wie kann in den zumeist sehr traditionell aufgestellten Gesellschaften in der MENA-Region eine fundamental andere Rolle für Frauen in der Gesellschaft realisiert werden?

Der Botschaft der Studie ist klar: Wenn die EU die Wahrscheinlichkeit von neuen Migrationswellen mindern möchte, muss es den MENA-Ländern helfen, politische Instabilität und demographische Veränderungen durch Schaffung von Lebensperspektiven zu bewältigen. Mittels statistischer Analysen und Interviews werden die aktuellen und künftigen Herausforderungen für den Arbeitsmarkt sowie die demographischen und sozialen Strukturen in der MENA-Region, die Einfluss auf die zukünftige Entwicklung haben, durch die Studie deutlich aufgezeigt. Die Komplexität der Herausforderungen ist evident. Aber die Studie liefert nur einige Ansatzpunkte, wo angefangen werden kann, um die derzeitige Lage zu verbessern. Die Autoren der Studie weisen zu Recht darauf hin, dass jede ernsthafte Bemühung zur Reform eine Zusammenarbeit von lokalen und internationalen Akteure in den öffentlichen und privaten Sektoren erfordert. Deren Umsetzung ist aber noch nicht abzusehen.